

Martin Runge, 25.01.2019

Weiterer Zeitverzug bei der 2. Stammstrecke: die Vorhaltemaßnahmen für die U 9 als faule Ausrede – krachende Planungsfehler als eigentlicher Grund

Dass die Zeitplanung zur 2. S-Bahn-Stammstrecke (zum wiederholten Male) nicht zu halten ist, liegt nicht ausschließlich und schon gar nicht originär an den Vorhaltemaßnahmen für die U 9, sondern größtenteils an den grotesken Fehlplanungen im Bereich des Hauptbahnhofs (Überdeckung zwischen dem anfangs bergmännisch aufzufahrenden Bahnsteigtunnel für die S-Bahn und der Tunnelsohle des Bahnhofbauwerks der U4/U5 lediglich fünf Meter und den Säulenfundamenten gar nur 1,80 Meter, was technisch kaum machbar wäre). Die Zuschlagserteilung für die Vergabeeinheit 30 (Baulos Tunnel West mit Station Hauptbahnhof) war für Juli 2017 eingeplant gewesen, konnte dann jedoch aufgrund der Zwänge zur Umplanung erst im Dezember 2018 erfolgen, also gut drei Jahre nach Veröffentlichung der Vergabebekanntmachung (02.09.2015!).

Das was die Staatsregierung als „Vereinfachung im Bauverfahren, um den Bau der 2. Stammstrecke sowohl zeitlich als auch finanziell zu optimieren“, bezeichnet (in Antwort vom 7. Juni 2018 auf eine parlamentarische Anfrage), ist nichts anderes als der Versuch, krachende Planungsfehler zu heilen.

Was veranlasst Staatsregierung und DB AG bis zuletzt von Fertigstellung und Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke im Jahr 2026 zu fabulieren, wo doch bereits in den Ausschreibungsunterlagen seit Juli 2018 der 10. Mai 2027 als Fertigstellungstermin für die „Rohbauarbeiten Tunnel West mit Trog und Hp Hauptbahnhof“ (VE 30) benannt wird.

Die Beantwortung bzw. Nicht-Beantwortung der aktuellen mündlichen Anfrage lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass ein einzelner Abgeordneter näher dran ist am Planungs-, Ausschreibungs- und Vergabegeschehen als die Staatsregierung, die zuständige Ministerialbürokratie und die BEG. Oder aber die Staatsregierung behauptet wieder einmal bewusst die Unwahrheit, heißt sie belügt Landtag und Öffentlichkeit.

Martin Runge, 24.01.2019

Auf die Frage, wie denn die Behauptung von Staatsregierung und DB, die 2. Münchner S-Bahn-Stammstrecke würde im Jahr 2026 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, mit der Tatsache, dass in den Ausschreibungsunterlagen schon seit Monaten der 10. Mai 2027 als Fertigstellungstermin für die „Rohbauarbeiten Tunnel West mit Trog und Hp Hauptbahnhof“ (VE 30) benannt wird, zusammenpassen, antwortet die Staatsregierung, die Ausschreibungsunterlagen seien „interne Unterlagen der DB AG“ und tut so, als kenne sie die Ausschreibungsunterlagen nicht.

Diese Antwort kann nur gleichermaßen als bodenlose Frechheit wie als Armutszeugnis bezeichnet werden. Denn entweder verkündet die Staatsregierung die Unwahrheit, vulgo sie lügt. Oder aber sie befasst sich tatsächlich nicht mit dem Ausschreibungs- und

Vergabegeschehen. Das würde aber bedeuten, dass sie sich nicht hinreichend um das mit Abstand größte Projekt der Verkehrsinfrastruktur in Bayern kümmert, was schlicht inakzeptabel wäre. Schließlich ist der Freistaat Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr, er muss die 2. Stammstrecke mit Steuergeldern in Milliardenhöhe finanzieren, ja mit der leichtfertigen Abgabe der Durchfinanzierungsgarantie im Dezember 2016 steht Bayern im Risiko für den größten Teil der Gesamtkosten.

Es gilt jetzt endlich die Halteleine zu ziehen und das Projekt „Zweite S-Bahn-Röhre“ auf den Prüfstand zu stellen. Die „Zweite Röhre“ steht, was Kostensteigerungen und Terminverschiebungen anbelangt, den Vorhaben Stuttgart 21 und Flughafen Berlin-Schönefeld in Nichts nach. Bis ins Jahr 2004 hinein verkündeten die Protagonisten der „Zweiten Röhre“ deren Fertigstellung und Inbetriebnahme für das Jahr 2010. Zuletzt wurde seitens DB AG und Staatsregierung die Fertigstellung im Jahr 2026 versprochen, was aber auch nicht zu halten sein wird. Ende 2016 bezifferten Staatsregierung und DB AG die Kosten auf 3,2 Mrd. Euro (3,8 Mrd. Euro mit Risikopuffer), 2001 war die Rede gewesen von weniger als 600 Millionen Euro. Mit der unseligen Kombination aus Größenwahn, dilettantischen Planungen und Bedienen von Landtag und Öffentlichkeit mit Unwahrheiten muss jetzt endlich Schluss sein.